



T direkt 041 728 35 99  
marco.braschler@zg.ch  
Zug, 6. Juni 2018  
FD FDS 4.2 / 31 / 99657

**Stellungnahme zu den am 24. Mai 2018 von der vorberatenden Kommission betreffend Totalrevision des Gesetzes über die Zuger Kantonalbank (Kantonalbankgesetz) beschlossenen einschränkenden Grundsätzen der Geschäftsführung (§ 6a)**

**1. Allgemeines**

Der Bankrat unterstützt die Version des Gesetzes gemäss Bericht und Antrag des Regierungsrats vom 6. März 2018.

Bei der Aufnahme von weitergehenden und die Bank in ihrer Handlungsfähigkeit einschränkenden Regelungen im Gesetz muss der Kantonsrat davon ausgehen, dass der Bankrat die Gesetzesrevision der Generalversammlung zur Ablehnung empfehlen wird. Dazu zählen auch die zwei einschränkenden Grundsätze der Geschäftsführung. Zudem gilt es, das in der Version des Gesetzes gemäss Bericht und Antrag erarbeitete Gleichgewicht zwischen Privataktionären und der öffentlichen Hand aufrecht zu erhalten.

**2. Grundsätze der Geschäftsführung**

An der Sitzung der vorberatenden Kommission vom 24. Mai 2018 hat ein Antrag zum Thema Grundsätze der Geschäftsführung – «Der generelle vertragliche Verzicht auf das Bankgeheimnis ist ausgeschlossen» sowie «Schweizerinnen und Schweizer sowie Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Kanton Zug haben nach Möglichkeit Anspruch auf ein Bankkonto bei der Zuger Kantonalbank» - eine bedingte Mehrheit gefunden. Die Bedingung besteht in der Umsetzbarkeit des Antrags.

Nachfolgend werden einige Argumente gegen die Aufnahme dieser für die Zuger Kantonalbank nachteiligen Regelungen im Gesetz über die Zuger Kantonalbank aufgeführt:

**a) «Der generelle vertragliche Verzicht auf das Bankgeheimnis ist ausgeschlossen»**

- Das Bankgeheimnis ist in Art. 47 BankG stipuliert. Geheimnisträgerin ist die Bank bzw. ihre Mitarbeitenden und Beauftragten, Geheimnisherr ist der Bankkunde. Die Geheimnisträgerin benötigt eine gesetzliche Grundlage oder das Einverständnis des Geheimnisherrn, um nicht mehr ans Bankgeheimnis gebunden zu sein.
- Die Auslegung der vorgesehenen Regelung ist unklar. Insbesondere der Begriff „Generell“ führt zu Auslegungsschwierigkeiten. Bezieht sich das „Generell“ beispielsweise ausschliesslich auf sämtliche Kunden oder allenfalls auch auf den Umfang des Verzichts, falls nur eine spezifische Kundengruppe betroffen ist?
- Die Allgemeinen Geschäftsbedingungen der Zuger Kantonalbank (Version vom 1. Januar 2017) (AGB) sehen für definierte Fälle einen generellen vertraglichen Verzicht auf das Bankgeheimnis in Ziffer 13 vor.

Dieser generelle vertragliche Verzicht des Kunden auf das Bankgeheimnis kommt dann zum Tragen, wenn dies zur Wahrung berechtigter Interessen der Bank erforderlich ist, namentlich:

- bei vom Kunden gegen die Bank (auch als Drittpartei) angedrohten oder eingeleiteten gerichtlichen (inkl. Schiedsgericht) und verwaltungsrechtlichen Verfahren oder Strafanzeigen,
- bei Mitteilungen an Behörden,
- zur Sicherung oder Durchsetzung von Ansprüchen und Forderungen der Bank gegenüber dem Kunden (z.B. Forderungsinkasso) und der Verwertung von Sicherheiten des Kunden oder Dritter (sofern die Sicherheiten Dritter für Ansprüche gegen den Kunden bestellt wurden)
- bei Vorwürfen des Kunden gegen die Bank in der Öffentlichkeit, gegenüber Medien oder gegenüber Behörden des In- und Auslandes.

Weiter ist dieser generelle vertragliche Verzicht auf das Bankgeheimnis auch im Rahmen von Transaktionen und Dienstleistungen vorgesehen, welche die Bank für Kunden erbringt, so beispielsweise beim Kauf, bei Ein- und Auslieferung, Aufbewahrung und Verkauf von Wertschriften bzw. Depotwerten, Devisen- und Edelmetallgeschäfte und beim Zahlungsverkehr. Der Verzicht auf das Bankgeheimnis ist in diesen Fällen zwingend, ansonsten könnten diese Transaktionen und Dienstleistungen in der Regel gar nicht erbracht werden. Eine klare Regelung in den AGB erachten wir als transparent und klar und somit im Interesse sowohl des Kunden wie auch der Bank. Im Zusammenhang damit ist die Bank gegenüber Drittparteien im In- und Ausland, welche in diese Transaktionen und Dienstleistungen involviert sind (so beispielsweise Börsen, Broker, Banken, Transaktionsregister, Zentral- und Drittverwahrungsstellen, Emittenten, Behörden oder deren Vertreter sowie andere involvierte Drittparteien), zur Offenlegung (insbesondere von Transaktions-, Bestandes- und Kundendaten) sowohl berechtigt als auch beauftragt, damit die Transaktionen bzw. Dienstleistungen erbracht werden können und die Einhaltung von Gesetzen, Regulierungen, vertraglichen Bestimmungen und weiteren Vorschriften, Geschäfts- und Handelspraktiken sowie Compliance-Standards gewährleistet werden kann.

Dieser in den AGB geregelte generelle vertragliche Verzicht auf das Bankgeheimnis in den genannten Fällen ist für die Handlungsfähigkeit der Bank und für die korrekte und fristgerechte Abwicklung der Standard-Kundenaufträge (z.B. Zahlungen ins Ausland) sehr wichtig. Das gesetzliche Verbot entsprechender vertraglicher Regelungen macht weder Sinn noch ist es im Interesse des Kunden, gerade auch was den Verzicht im Kontext von Transaktionen und Dienstleistungen betrifft. In den anderen Fällen schadet das Verbot klar der Bank und den Kunden. Eine praktikable Umsetzung des Verbots ist aus Sicht der Zuger Kantonalbank nicht möglich. Zudem kann festgehalten werden, dass die Bank mit dem Instrument des generellen vertraglichen Verzichts auf das Bankgeheimnis zurückhaltend umgeht.

- Der US-amerikanische Foreign Account Tax Compliance Act (FATCA) ist auch auf die Zuger Kantonalbank bzw. ihre Kunden anwendbar. Falls eine natürliche oder juristische Person als US-Person qualifiziert, ist die Bank verpflichtet, den US-Behörden Kundeninforma-

tionen zukommen zu lassen. Dies ist für die Bank nur möglich, wenn der Kunde auf das Bankgeheimnis verzichtet. Im Gegensatz zum Automatischen Informationsaustausch (AIA) kann sich die Bank nicht auf eine entsprechende gesetzliche Regelung berufen und benötigt daher eine vertragliche Regelung mit dem Kunden.

Dieser Verzicht erfolgt im Rahmen der Kundendokumentation und ist somit bei US-Personen ein genereller vertraglicher Verzicht, welcher zukünftig nicht mehr zulässig wäre. Die Bank könnte ihren FATCA-Pflichten bei einem entsprechenden Verbot nicht mehr ordnungsgemäss nachkommen, was für die Bank insbesondere auch aus aufsichtsrechtlichen Überlegungen schlicht keine Option ist.

- *Fazit: Das Verbot eines generellen vertraglichen Verzichts auf das Bankgeheimnis ist bereits aus operationellen Gründen nicht umsetzbar, wäre in der Schweiz absolut einmalig und würde somit zu einem gravierenden Wettbewerbsnachteil sowie zu Problemen im Umgang mit Behörden, Korrespondenzbanken und Börsenplätzen führen.*

**b) «Schweizerinnen und Schweizer sowie Personen mit Wohnsitz oder Sitz im Kanton Zug haben nach Möglichkeit Anspruch auf ein Bankkonto bei der Zuger Kantonalbank»**

- Diese Regelung schränkt die für eine erfolgreiche Geschäftstätigkeit erforderliche Handlungsfreiheit der Bank massiv ein. Es muss der Bank freigestellt sein, mit wem sie unter welchen Bedingungen eine Bankbeziehung eingehen will. Weiter müssen für die Zuger Kantonalbank die gleichen Regeln wie für andere Banken gelten, was bei der Einführung eines Kontrahierungszwangs klar nicht mehr der Fall wäre.
- Die Bestimmung ist weiter unklar. Was genau bedeutet zum Beispiel „nach Möglichkeit“? Geht es dabei einzig um die technische Möglichkeit oder umfasst dieser Begriff auch den Aspekt der Verhältnismässigkeit?
- Es ist weiter nicht die Aufgabe der Zuger Kantonalbank, für sämtliche Schweizerinnen und Schweizer mit Domizil im In- oder Ausland die erste Anlaufstelle in der Schweiz zu sein, gerade auch wenn kein Bezug zum Kanton Zug besteht.
- Die Zuger Kantonalbank müsste gestützt auf diese Bestimmung auch mit sämtlichen Sitzgesellschaften im Kanton Zug eine Bankbeziehung eingehen. Die Kontrahierungspflicht mit in Zug domizilierten Sitzgesellschaften, deren wirtschaftlich Berechtigte ihren Wohnsitz regelmässig irgendwo im Ausland haben, würde der Bank nicht nur punkto Reputation einen erheblichen Schaden zuführen, sondern auch erhebliche Compliance-Kosten und -Risiken aufbürden.
- Gerade was Kunden mit Domizil Ausland betrifft, sprechen insbesondere auch regulatorische Vorschriften sowohl der Schweiz wie auch der Domizilländer inklusive der entspre-

chenden Umsetzungskosten klar gegen diesen ohnehin abzulehnenden Kontrahierungszwang. Das Risiko der Nichteinhaltung regulatorischer Vorgaben würde vollumfänglich auf die Zuger Kantonalbank überwältzt. Dazu einige wenige ausgewählte Beispiele:

- Kunden mit Domizil in der Europäischen Union können gemäss europäischem Recht die Bank an ihrem Wohnort im Ausland einklagen und sich z.B. auf die sogenannten MiFID (Markets in Financial Instruments Directive)-Schutzbestimmungen berufen. Dies führt dazu, dass Banken im Umgang mit Kunden mit Domizil in einem EU-Land die lokalen Bestimmungen einhalten müssen. So müssen Banken gemäss den MiFID-Vorschriften EU-Kunden kategorisieren und dürfen gewisse Dienstleistungen und Produkte auch nur gewissen Kunden anbieten. Auch stellt MiFID hohe Anforderungen an die Transparenz. Die Umsetzung dieser mit den Schweizer Vorschriften nicht identischen Regularien ist zwangsläufig mit hohen Kosten verbunden und rechnet sich daher auch nur, wenn die entsprechende Bank eine grosse Anzahl Kunden mit entsprechenden Vermögenswerten im jeweiligen Domizilland hat. Ein Kontrahierungszwang würde der Bank in diesem Bereich die unternehmerische Freiheit nehmen und, wie bereits erwähnt, zu sehr hohen Umsetzungskosten ohne entsprechendes Ertragspotential führen.
- Ausländische Aufsichtsbehörden verlangen teilweise eine Banken- und/oder Effektenhändlerbewilligung, damit z.B. E-Banking oder andere Dienstleistungen im entsprechenden Land erbracht werden können. Da die Einholung einer ausländischen Bewilligung regelmässig kompliziert und kostenintensiv ist, macht dies nur dann Sinn, wenn eine grosse Anzahl von Kunden mit entsprechenden Vermögenswerten diese Dienstleistung auch in Anspruch nimmt.
- Gemäss den US-Regeln in Bezug auf das grenzüberschreitende Geschäft darf eine ausserhalb der USA domizilierte Bank bewilligungsfrei lediglich 14 Kunden mit Domizil USA und klar definierten maximalen Vermögenswerten beraten. Werden diese Zahlen überschritten, braucht die Bank die notwendigen US-Bewilligungen, deren Einholung und Einhaltung mit sehr hohen Kosten verbunden ist.
- Weiter sei darauf hingewiesen, dass die Zuger Kantonalbank bereits heute bei Kunden mit Domizil Ausland jeden Fall einzeln prüft. Ein eingeschränktes Produkte- und Dienstleistungsangebot ist je nach Domizilland und der anwendbaren Regularien möglich, wobei stets ein enger Bezug zum Kanton Zug gegeben sein muss. In der Regel handelt es sich dann um reine Kontobeziehungen, allenfalls kombiniert mit bestehenden lokalen Immobilienfinanzierungen.
- *Fazit: Dieser für Banken in der Schweiz einmalige gesetzliche Kontrahierungszwang würde zu beträchtlichen Risiken und Kosten zu Lasten der Bank und somit auch zu Lasten ihrer Aktionäre führen.*